

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Mietskasernen oder Kleinwohnungen?

Eine Frage der kommunalen Wohnungspolitik.

Auf dem weiten Gebiete der Wohnungsfrage sind von außerordentlicher Wichtigkeit jene mühevollen Einzelarbeiten, die sich mit der Untersuchung und Schlichtung der tatsächlichen Verhältnisse beschäftigen. Der deutsche „Verein für Sozialpolitik“ hat das unerschöpfliche Verdienst, bereits vor einem Menschenalter auf diesem Wege vorangegangen zu sein. Seine Untersuchungen vom Jahre 1872, dann wieder vom Jahre 1886 und endlich vom Jahre 1901 haben eine Menge Tatsachen-Material geschaffen und mancherlei Klärung in die äußerst schwierige Frage des Wohnungswesens gebracht. Vor kurzem ist nun eine Einzelarbeit erschienen, die von speziellen Wohnungsverhältnissen ausgehend weit über das rein lokale Interesse hinausreicht. Unter dem Titel: „Rheinische Wohnverhältnisse und ihre Bedeutung für das Wohnungswesen in Deutschland“ (Neua bei Gustav Fischer; Preis 3 M.) hat der Berliner Privatdozent Dr. Rudolf Eberstadt eine Studie veröffentlicht, die als eine Frucht mehrjähriger Arbeit zu betrachten ist, und den Verfasser als einen unserer gründlichsten Kenner der Wohnungsfrage kennzeichnet.

Die kleine aber inhaltreiche Schrift wirft zunächst einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der städtischen Bauweise in Deutschland und erbringt den Nachweis, daß die Bauverhältnisse der rheinischen Städte in ihrer Wurzel auf eine alte, ununterbrochene Ueberlieferung zurückgehen und den Kleinwohnungsbau viel schärfer ausprägen, wie es in dem übrigen Deutschland der Fall ist. Auf die Periode des bürgerlichen Städtebaus im Mittelalter folgte die landesfürstliche Bautätigkeit am Ausgange des Mittelalters und zu Beginn der Neuzeit. Die dritte selbständige Periode ist die des jüngsten Wachstums unserer Städte, das um das Jahr 1800 einsetzt und insbesondere seit 1870 einen mächtigen Umfang angenommen hat. Es fiel den Stadtverwaltungen die Aufgabe zu, für die starke Volksvermehrung und für die zuströmenden Bevölkerungsmassen Unterkunft zu schaffen. „Günstiger als je zuvor“, behauptet Eberstadt, „war diesmal die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der zur Ausführung berufenen Verwaltungen. Doch das Ergebnis war im allgemeinen ein bedauerliches. Die Ueberzeugung ist heute allgemein, daß die Lösung der verantwortungsvollen Aufgaben des Wohnungswesens in den meisten deutschen Großstädten eine unbefriedigende, vielfach sogar eine durchaus schlechte gewesen ist. In politischer, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung sind Zustände geschaffen worden, die der Gemeinde ebenso wie dem Staate zum Schaden gereichen. Der Glaube ist weit verbreitet, daß es sich bei den unbefriedigenden Wohnungsverhältnissen unserer Großstädte um eine natürliche Entwicklung der Dinge handelt, die wir wohl im einzelnen mildern können, aber in der Grundlage kaum zu ändern vermögen. Diese Anschauung erscheint unbegründet, denn wir werden zeigen, daß es heute wie zu allen Zeiten der öffentlichen Gewalt möglich ist, befriedigende Grundlagen für das Wohnungswesen zu schaffen.“

Zur Illustration dieser seiner Meinung schildert der Verfasser die Wohnverhältnisse in den drei rheinischen Großstädten Düsseldorf, Elberfeld und Barmen. Charakteristisch für diese drei Städte ist der Umstand, daß sie fast gar keine Mietskasernen enthalten, sondern daß die Grundform des in ihr herrschenden Wohnungsbaues das Drei- und Vierfensterhaus ist. Die Kleinwohnung ist für die rheinischen Industriestädte typisch im Gegensatz zu den Massenmietenhäusern der andern deutschen Industriestädte. Ein wesentlicher Grundzug der Hausanlage ist die vollständige Verwerfung der Hofwohnung als System der Unterbringung der Arbeiterfamilien. Die Vorderwohnung wird für den Arbeiter grundsätzlich und polizeilich gefordert. Die Vorzüge einer solchen Wohnweise in sozialer, ethischer und gesundheitlicher Hinsicht kann man gar nicht hoch genug bewerten. Es genügt schon ein Rundgang durch die Arbeiterviertel nach Feierabend, um dem Beschauer zu zeigen, wie sich das Familienleben des Arbeiters hier ganz

anders abspielt, als in den Hofwohnungen des Massenmietenhauses. In gesundheitlicher Beziehung ist besonders bemerkenswert die Möglichkeit, jede einzelne Wohnung durch Gegenzug gründlich zu durchlüften, was bei den Hofwohnungen einer Mietskaserne völlig ausgeschlossen ist. Infolge der Kleinheit der Wohnungen ist das System des „Hofmietenwirts“, der einen Teil seiner Wohnung wieder in Mietskaserne vergibt, im Rheinland fast ganz unbekannt. Auch die „Behausungsziffer“ ist hier eine verhältnismäßig niedrigere. Während z. B. in Charlottenburg auf jedes Wohnhaus durchschnittlich 60 Bewohner und in Berlin gar 77 Bewohner kommen, wohnen in Düsseldorf nur 20 Personen und in Elberfeld-Barmen gar nur 18 Personen durchschnittlich in einem Hause. Und dabei sind die Mieten im Verhältnis weitaus geringer als in den großstädtischen Mietskasernen. Interessant ist auch die große Zahl derjenigen Personen, die noch ein Haus ihr eigen nennen. Von einer Ausfaltung des Kleinbesitzes kann hier noch keine Rede sein. In Düsseldorf gibt es 5716 Privathäuser; 4464 Personen besitzen je ein Haus, 740 Personen besitzen je zwei Häuser, 231 je drei, 94 je vier, 56 je fünf usw. in rasch absteigenden Zahlen; in Elberfeld gibt es 4510 Privathäuser; 3256 Personen besitzen je ein Haus, 797 Personen besitzen je zwei Häuser, 218 je drei, 120 je vier, 56 je fünf usw.

Bei dem Kleinwohnungsbau ist das Bauen auf eigene Rechnung die Regel, während die Spekulation noch nicht so um sich gegriffen hat wie in den Städten mit Massenmietenhäusern. Allerdings steckt die Bodenpekulation auch hier bereits ihre Köpfe aus, was ein Steigen der Bodenpreise und dementsprechend ein Steigen der Mieten im Gefolge hat. Der Bodenspekulant hält die banreifen Plätze zurück und läßt sie jahrelang unbenutzt liegen; für diesen Preis am Volksvermögen verlangt er obendrein noch einen Extragewinn. Es ist kaum zu verstehen, daß ein derartiger volkswirtschaftlicher Mißstand noch immer geduldet wird, und daß die Bevölkerung es sich gefallen lassen muß, eine absichtliche Wertvergeudung mit höheren Mietpreisen zu bezahlen.

Im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten ergibt sich ein großer Abstand zugunsten der rheinischen. In diesen rasch anwachsenden Industriestädten mit ihrem gewaltigen Wohnungsbedarf ist eine ausreichende Massenproduktion an Kleinwohnungen erzielt worden, ohne daß auch nur der Gedanke an eine Kasernierung der Bevölkerung aufgetaucht ist. Die weit überwiegende Mehrzahl der Häuser steht im Eigenbesitz; der aus alter Ueberlieferung entwickelte Typus der Kleinwohnung muß in der Hauptsache als ein vortrefflicher gelten und es genügt den Ansprüchen der städtischen Wohnweise. Die Mietpreise endlich stehen in den jüngsten und besten Bauformen weit niedriger als in den Hofwohnungen der Mietskasernen von Berlin, Hamburg, Leipzig und andern Großstädten. Und alles dieses ist geschaffen worden durch das private Unternehmertum; es hat keines behördlichen Eingriffs in diese Entwicklung bedurft, um befriedigende Zustände im Wohnungswesen zu schaffen. Aber andererseits hat sich die öffentliche Verwaltung auch nicht in den Dienst gemeinschaftlicher Interessen gestellt. Das Spekulantentum hat sich keine der rheinischen Stadtverwaltungen zu unterjochen vermocht; die Maßnahmen der städtischen Verwaltungen beweisen im Gegenteil die Unabhängigkeit der Gemeindevertretungen und die Gegnerschaft gegen die spekulative Ausnutzung des Bodens. Hier sieht man deutlich, was auch noch heute die private Bautätigkeit unter einer tüchtigen, unabhängigen Verwaltung zu leisten vermag. Die privatwirtschaftliche Tätigkeit kann niemals gedeihen, wenn die öffentliche Verwaltung dem Spekulantentum Tür und Tor öffnet; ebensowenig kann die Verwaltung pflichtgemäß arbeiten, wenn sie Interessen großzieht, die dem Allgemeinwohl entgegengekehrt sind.

Der Verfasser zieht aus seinen Spezialuntersuchungen einige allgemeine Folgerungen. Zunächst stellt er die Be-

hauptung auf, daß dort, wo die weitesten Aussichten zur Verfügung stehen und die Stadterweiterung sich in nahezu ungehinderter Weise vollziehen kann, die Bodenpreise am höchsten und die Mieten am teuersten sind. Das bemerkenswerteste Beispiel hierfür ist Berlin, für dessen Ausdehnungsmöglichkeit überhaupt keine natürlichen Grenzen bestehen und das trotzdem die höchsten Bodenpreise hat. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Leipzig, München und anderen Großstädten mit flachem Vorland. Bei allen neueren Stadterweiterungen und Eingemeindungen hat es sich ergeben, daß die reichliche Zufuhr des Baulandes zu einer allgemeinen Steigerung der Bodenpreise geführt. Die Vermehrung des Angebots resp. der Zufuhr von Bau- land bewirkt eine allgemeine Erhöhung der Bodenpreise. Der Grund hierfür liegt in der Baupekulation, die hier, wie überall wo eine Spekulation auftritt, die natürlichen Wertgesetze in ihr Gegenteil verkehrt; ihr Interesse besteht darin, eine künstliche Preisbildung herbeizuführen. Gerade bei reichlichem Bodenbestand und entsprechender Anlaufmöglichkeit finden wir deshalb die spekulative Preistreiber am stärksten entwickelt. Der paradox klingende Satz: „Je mehr Bau- land zur Verfügung steht, desto stärker die spekulative Preissteigerung!“ wirft ein ganz eigenartiges Licht auf die kommunale Wohnungspolitik.

Bemerkt der Verfasser aus, daß die Form des Kleinwohnungsbaus, im Gegensatz zu dem Massenmietenhaus, die Arbeiterwohnung an Rang und Wert jeder anderen Wohnung gleich stellt. Die Mietskaserne kennt die Kleinwohnung nur als Hofwohnung, als Anhängsel des Vorderhauses. Es ist ein unhaltbarer Widerspruch, daß in einer Zeit, in der der Arbeiterstand politisch und kulturell emporstieg, ihm Wohnungsverhältnisse geschaffen wurden, wie man sie in Deutschland zu keiner Zeit gekannt hat. Drei Viertel der städtischen Bevölkerung sind nach dem Hofe abgeschoben worden und haufen in Wohnungen, die quantitativ und qualitativ ungenügend sind. Und obendrein ist dieses schlechteste aller Wohnungssysteme zugleich das teuerste und unvorteilhafteste, denn es fordert die höchsten Mieten und macht eine ausreichende Produktion von Kleinwohnungen unmöglich.

Endlich drittens hat sich die Tatsache ergeben, daß je höher der Bau ist, desto höher die Mieten sind. So oft innerhalb eines Stadtbezirks die hohen Stagenhäuser den niederen Flachbau verdrängen, zeigt es sich, daß bei privatwirtschaftlicher Bautätigkeit der höhere Bau, trotz der stärkeren Ausnutzung der Grundfläche höhere Mieten fordert. Obwohl die gedrängte Bauweise eine geringere Bodenfläche beansprucht als der Flachbau, und obwohl die Baukosten bei mehrstöckigen Bauten sich für das einzelne Stockwerk erniedrigen, sind die Folgen der gedrängten Bauweise für die Wohnungsmieten durchaus ungünstig. Die hauptsächlichste Ursache dieser Wertenerkung der vielstöckigen Bauten liegt in der Anschwellung des Bodenpreises. Mit der senkrechten Anhäufung der Stockwerke bekommt der Boden einen mehrfach gesteigerten Wert; der Preis des Bodens erhöht sich um den Wert der stärkeren Ausnutzung. Die künstliche Steigerung des Bodenwertes bildet die Grundlage der Bodenpekulation, die gedrängte Bodenweise liegt also ausschließlich im Interesse des Bodenspekulanten. Die einfache Klarstellung der Verhältnisse genügt wohl, um darzutun, daß die öffentlichen Verwaltungen in ihren Maßnahmen die Ansprüche des Spekulanten in keiner Weise berücksichtigen oder gar unterstützen dürfen. Die Mietskaserne züchtet die Bodenpekulation und den Wohnungswucher, sie fügt dem Proletariat unberechenbaren Schaden zu in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sittlicher Beziehung — sie muß also zu gunsten des Kleinwohnungsbaus beseitigt werden. Damit dies geschieht, muß das Proletariat auch in die kommunalen Verwaltungen einbringen und eine vernünftige Wohnungspolitik in die Wege leiten.

er (Träger) zu seinen Mitkollegen gesagt haben soll, wenn in ihr 30 Quadratmeter pro Tag freigelegt, hat ihr euren Lohn verdient". Auf die wiederholte Anforderung, ihm seinen Lohn zu zahlen, legte Herr Dingelstedt ihm ein Schreiben vor folgenden Inhalts: "Inhaber dieses hat von Herrn Dingelstedt 11 A erhalten und beabsichtigt hiermit, weiter keine Ansprüche gegen Herrn D. zu haben". Natürlich wies Kollege D. solches Aussehen entschieden zurück und es blieb ihm kein anderer Weg offen, als den Herrn Dingelstedt zu verklagen, zunächst vor dem Schöffengericht. Aber der Herr Meister hielt es nicht der Mühe wert, daselbst zu erscheinen. Dummheit kam die Sache vor das hiesige Amtsgericht. Auf die Frage, ob der Kollege Träger 77 1/2 Stunden in der Woche gearbeitet hätte, antwortete Herr Dingelstedt mit "Ja". Ferner wurde er befragt, daß dem Kollegen Träger ein Stundenlohn von 25 A gezahlt worden sei. Ueber die Beanpruchung eines Schadenersatzes mußte selbst der Richter lachen und wurde Herr Dingelstedt, wie vorausgesehen war, rundweg abgewiesen, da zu erkennen war, daß dieses aus der Luft gegriffen sein, erdichtet sei. Das Gericht verurteilte ihn zur Zahlung des vollen Lohnes von 27 1/2 A und zur Zahlung sämtlicher Kosten. Kollegen von Weingarten, die ihr unerreichtes Recht noch fern steht, läßt sich auch dem Verbandsrat, dem wir dann ist es uns möglich, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und hier tun sie wahrlich not, zu erinnern!

Verwaltungs-Berichte.

Dresden. Am 14. Juli tagte im "Volkshaus" eine starkbesuchte Versammlung. Kollege Tobler referierte über die Entwicklung und den Stand unseres Zentralverbandes; er beleuchtete eingehend an der Hand vieler Beispiele, daß wir nur durch eine alles umfassende Zentrale allen an uns herantrhenden Anforderungen gewachsen seien. Die Ausgaben unseres Verbandes von über 200 000 M in den letzten fünf Jahren für Unterstützungen jeder Art zeugen von einem gewaltigen Fortschritt. Die noch indifferenten Kollegen bitten wir nicht, sondern fordern sie auf, ihrer verbandsmäßigen Pflicht und Schuldbewußtheit nachzukommen. Die letzten Generalversammlungsbeschlüsse gereichen uns nicht zum Schaden; sei doch zur letzten Berechnung unser vollzählender Mitgliederstand auf über 17 000 gestiegen. Durch den erweiterten Ausbau des Unterstützungsweises hofft er, daß die Kollegen noch mehr wie bisher an unsere Vereinigung angeheftet werden. Auf das Problem der Arbeitslosenunterstützung eingehend, wünscht er auch hier keinen Sprung ins Ungewisse, sondern eine allmähliche Ausbesserung derselben. Auf die Beantwortung eingehend, gibt er seiner Freude dahingehend Ausdruck, daß Dresden mit seltener Einigkeit diesem Vorhaben nachzukommen ist und wünscht daselbe auch von Leipzig. Wenn Dresden so vorwärtschreitet, werde es, so hofft er, die Spitze der Organisation werden. (Dieses wollen wir wahr machen, indem jeder Kollege weiter wie bisher seine volle Pflicht erfüllen wird. D. Schrift.) Im "Gewerkschaftlichen" wurde berichtet, daß die Kollegen der Firma Breshler abermals tüchtig über den Strang gehauen haben. Daselbst wurde einige Wochen lang der Lärm durchgehört. Auf Einschüchterung ihres so rückständigen Meisters, sind alle glücklich wieder umgefallen. Ein Antrag, wonach sämtliche Kollegen dieser Firma ausgeschlossen werden sollen, welche weiter als bis 6 Uhr am Sonnabend Abend arbeiten, wurde gegen einige Stimmen angenommen. Auch die Mutterbühne des Herrn Richter kam dann wieder einmal an die Reihe. Mag sich die Zeitung jetzt mit diesem Schmerzenskind befassen, unbedingt muß mit aller Schärfe vorgegangen werden, um diesen Herrn zur Ordnung anzuhalten. Sämtliche Beschwerden und Mißstände mögen die Kollegen in unserem Bureau, Volkshaus, Zimmer 14, I., an Kollegen Streine abgeben. Von 12-1 und 6-1/2 Uhr ist die Sprechzeit eingeteilt. Ein Antrag, den streikenden Töpfern in Dresden als 1. Rate 100 M zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen.

Stuttgart. Am 20. Juli hielt Gewerkschaftssekretär Käther einen lehrreichen Vortrag über "Politik und Gewerkschaften". Nach einem Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaften Deutschlands erläuterte er die Frage, ob sich die Gewerkschaften mit Politik zu befassen haben oder nicht, dahingehend: Parteipolitik sei nicht Sache der Gewerkschaften, dagegen sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf Klassenpolitik hingewiesen durch die immerwährenden Angriffe auf das Koalitionsrecht, wie überhaupt infolge der ganzen Arbeiterschutzbewegung. Jeder Arbeiter muß sich klar werden, welche Partei es ist, die seine Interessen im Reichstag vertritt. Es sind deshalb die Arbeiter immer wieder zu ermahnen, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. In der Diskussion wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, derartige Vorträge öfter zu veranstalten, da dieselben in jeder Hinsicht erzieherisch auf die Kollegen wirken, auch sollten sich alle Kollegen das Lesen der gewerkschaftlichen und politischen Presse angelegen sein lassen. Kollege Fuß gibt den Bericht über die augenblickliche Lage. Es haben sich am Tage nach dem Streikschluß als arbeitslos gemeldet: am 14. Juli 11 Ledige und 17 Verheiratete mit 33 Kindern, am 15. Juli desgleichen, am 17. Juli 7 Ledige und 7 Verheiratete mit 21 Kindern, am 20. Juli 4 Verheiratete mit 10 Kindern. Am 21. Juli waren alle Kollegen untergebracht. In den meisten Fällen ist zum Teil vor, zum Teil nach dem Streik eine Lohnaufbesserung von 2-3 A eingetreten. Es ist nun Sache der Kollegen, ihre äußerste Pflicht zu tun, die Organisation ferner so in die Höhe zu bringen, daß es möglich ist, den Kampf, der jetzt vertagt werden mußte, bei gelegener Zeit mit erneuter Kraft und besserem Erfolg wieder aufzunehmen. Zur Hauskassierung für Stuttgart und die Nachbarorte haben sich jetzt 13 Kollegen gemeldet und wurden die Mitglieder aufgefordert, denselben die Arbeit in jeder Art zu erleichtern. Werkstättenversammlungen werden in derselben Weise wie früher abgehalten. Zur Aufnahme einer Lohnstatistik werden in nächster Zeit Fragebogen ausgegeben und sind dieselben gewissenhaft und wahrheitsgetreu auszufüllen. Am 30. August findet das Stiftungsfest statt, am 26. Juli gemeinsamer Spaziergang durch die Parkanlagen und Schlösser Rosenstein und Wilhelm in Gemeinschaft mit den Cannstatter Kollegen.

Eingefandt.

Zum Ausschluß des H. Schmidt-Erfurt durch die Generalversammlung.

In den letzten Wochen sind an die verschiedenen Filialverwaltungen wie auch an die Delegierten der Berliner Generalversammlung Exemplare der Thüringer "Tribüne" Nr. 148 vom 28. Juni 1908 versandt worden, in der sich eine Annonce befindet, deren Inhalt ein gerichtliches Urteil über den Matergeschäftlichen Eichert wiedergibt und beweisen

soll, daß der Ausschluß des Josef Schmidt auf Grund von Anschuldigungen des Mitgliedes Eichert durch die Generalversammlung zu Unrecht erfolgt ist. Der "Tribüne" ist dann noch ein auf heftigste Weise hergestelltes Zirkular beigegeben, welches die geringe Majorität beim Ausschluß durch die Generalversammlung hervorhebt und die Erklärung enthält, daß sich die Kollegen gemeint sind damit die Exakter Kollegen) nach wie vor solidarisch mit Schmidt erklären. Das Zirkular ist von dem früheren Mitgliede L. Breittrück unterzeichnet.

Diesem neuesten Akt des Herrn Schmidt gegenüber glaube ich erklären zu müssen, daß der Ausschluß desselben als Mitglied unserer Vereinigung nicht auf Anschuldigungen des Kollegen Eichert zurückzuführen ist, sondern wesentlich auf Grund der unläuternden Manipulationen, die sich aus den Massenverhältnissen gegenüber der Hauptkassette ergaben, erfolgt ist. Das Protokoll der Generalversammlung auf Seite 93 bis 100 enthält alle diejenigen Punkte der Anschuldigung, welche von der Untersuchungskommission als hauptsächlich der Generalversammlung unterbreitet wurden, und sind von den acht in Frage stehenden Anschuldigungen sämtliche von der Filialverwaltung Erfurt, wie auch vom Vorstande gestellt. Die Anschuldigungen durch Eichert bezogen sich auf Vorkommnisse, die sich während des Streiks in Erfurt abgespielt haben, und kamen bei Beratung der Angelegenheit im Plenum der Generalversammlung nicht in Betracht. Ebenso ist das Moment der Abstimmung, die Mehrheit von 28 gegen 22 Stimmen, für den Ausschluß des Schmidt, nicht maßgebend, um diesen in einem milderen Lichte oder gar als ungerechtfertigt erscheinen zu lassen. Es standen zwei Anträge zur Abstimmung, der Antrag der Kommission, Schmidt als unwürdig zu erklären, weitere Member in der Organisation zu bekleiden, und der Antrag des Kollegen Zimmermann auf Ausschluß aus der Organisation. Wäre der Antrag auf Ausschluß nicht gestellt worden, so hätte zweifelsohne die Generalversammlung einstimmig den Antrag der Kommission angenommen, und die Streikenden besäßen wäre gleichbedeutend mit dem von der Generalversammlung angenommenen Antrag auf Ausschluß. Die Stimmung in der Kommission wie auch im Plenum der Generalversammlung war trotz der drei- bis vierstündigen Verteidigungsrede Schmidts keine für ihn günstige. Mitglieder einer Organisation, denen man die Würde abspriecht, ein Amt zu bekleiden, sind meines Erachtens moralisch gezwungen auszutreten.

Auf solchen Krücken wird eine Rehabilitierung des Schmidt nicht möglich sein. Wenn nun das frühere Mitgliede L. Breittrück auf diese recht demagogische Art und Weise versucht, seinen Freund Schmidt zu rechtfertigen, so ist dies für mich erklärlich, indem an der für die Hauptkassette bestimmten Abrechnung der Agitationskommission Breittrück mit seiner gegebenen Unterschrift gewissermaßen beteiligt ist. Unerlässlich finde ich aber das Verhalten der Redaktion der "Tribüne", welche Gerichtsurteile zu Gunsten einer Partei die Spalten öffnet, ohne dabei zu bedenken, daß dieses geistlich unzulässig und moralisch verwerflich ist.

Albert Tobler, Vorsitzender.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Verband der Lagerhalter hat auf seiner kürzlich stattgehabten Generalversammlung folgende Resolution angenommen:

Zur Durchführung vollständiger Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist es eine dringende Notwendigkeit, daß durch Gesetz jedwede Unternehmer unter Androhung entsprechender Strafe verboten wird, Sonnabends oder Sonntags Lohn oder Gehalt zu zahlen.

Durch ein derartiges Verbot werden die Zahlungstage in den einzelnen Betrieben und Industrien verschleudert ausfallen. Der Warenverkehr drängt sich nicht mehr auf ein oder zwei Tage zusammen, sondern verteilt sich, wird ein geregelter.

Es wird dann auch möglich sein, — der vollständigen Sonntagsruhe entsprechend — die Läden des Sonnabends früher zu schließen, als an den Wochentagen, wie es jetzt üblich, die Läden bedeutend länger offen zu halten.

Zur Durchführung dieser Forderung ist die Unterstützung aller organisierten Arbeiter notwendig. Der Vorstand des Verbandes der Lagerhalter wird beauftragt, diesen Wunsch der Generalversammlung der Gewerkschaften Deutschlands sowie sämtlichen Zentralvorständen der Gewerkschaften anzustellen mit dem Ersuchen, ihre Forderungen dahin zu erweitern, daß die Lohnzahlungen Sonnabends oder Sonntags abzuschaffen sind, sowie durch Massenpetitionen an den deutschen Reichstag diese Forderung zu unterstützen.

Gegen die Verlegung des Pahltages auf einen anderen Tag als den Sonnabend wird wohl nichts einzuwenden sein, vielleicht wird diese Frage auf einem Gewerkschaftskongress zur Verhandlung gelangen.

Der Dank des Unternehmers. Daß ältere Arbeiter sich bitter täuschen, wenn sie hoffen, für langjährige geleistete Arbeit von den Unternehmern Anerkennung zu finden, darüber konnten wir unseren Kollegen schon manchen Beweis bringen; trotzdem sind so viele, die in größeren Läden arbeiten, keines besseren zu belehren, bis es zu spät ist. Ein weiterer Beweis dafür ist auch ein Iobben dem Kassierer der Töpfer-Zentraltrankenkasse zugegangenes Schreiben eines 69 Jahre alten Arbeiters. Derselbe hatte fast ein ganzes Menschenalter in der bis 1897 hier bestehenden Osenfabrik gearbeitet. 1897 verkaufte Herr Müller seine Fabrik, der alte Arbeiter, der nie zum Mitretreten für seine und seiner Mitarbeiter Interessen zu haben gewesen war, erhielt — die silberne Medaille und flog auf's Klaster. Er mußte, nachdem er ein ganzes Leben lang für ein und denselben Unternehmer getrieben, die Stätte seiner langen Tätigkeit und die Stadt, wo er den größten Teil seines Lebens zugebracht, verlassen und lebt jetzt in einem fernen Winkel bei Verwandten. Der alte Mann schreibt: "Biele herzliche Grüße an alle Kollegen, und wünsche ihnen eine frohliche Zukunft. Es mag sich keiner so leimen lassen, wie ich geleimt worden bin". Diese schlichten Worte eines fast 70-jährigen abgewirtschafteten Arbeiters, der nunmehr, nachdem er seine ganzen Kräfte ein und demselben Unternehmer gewidmet, seine ihm lieb gewordene Heimat verlassen mußte und auf die Gnade von Verwandten angewiesen ist, während der ehemalige Unternehmer gemächlich in einer Villa die Frucht "seiner" Arbeit genießt, zeugen davon, daß es wahrlich nicht aufreizender und derbezüglicher Worte bedarf, um den Arbeitern klar zu machen, daß sie sich nur durch Ausschluß an ihre Organisationen von der krafftigen Ausbeutung schützen können.

Dangewerbliches.

Die Norddeutsche Dangewerkschaft hat Ende Juni in Straßburg unter dem Vorsitz des Mannesherren Jochim ihre Genossenschaftsversammlung ab. Dieser Schatzmacher kam in seinem Rechenschaftsbericht u. a. auch auf andere Forderungen zu sprechen: "Kontrolle der Mauten durch solche Beamte, welche von den Arbeitern aus ihren eigenen Reihen gewählt werden." Er kam dabei auf seine "Dankreden" im Preuss. Landtage zu sprechen, daß eine Mautenkontrolle durch Arbeiter nicht notwendig sei, aber sehr schädlich wirken und den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Ausführung der Mauten und die Selbstständigkeit der Mautunternehmer, sowie die Arbeit der nicht sozialistisch gesinnten Bauarbeiter außerordentlich vermehren würde. Wenn demnach von einer Ungleichheit des Mautbeitrages mit Recht nicht gesprochen werden könne, so solle damit noch nicht gesagt sein, daß die Heberhebung der Mauten nicht noch intensiver gestaltet werden könne. Am Schluß des Berichtes der Mauten würde eine der vornehmsten Sorgen der Dangewerkschafts-Genossenschaft sein. Eine Vermehrung der technischen Aufsichtsbeamten wird im Interesse der wirksamen Kontrolle der Mauten dringend empfohlen.

Eine eingehende und ausführliche Mittheilung über diesen Gegenstand führte dahin, daß die Delegiertenversammlung sich einstimmig dahin ausgesprochen hat, daß innerhalb der einzelnen Sektionen noch eine größere Anzahl technischer Aufsichtsbeamten durch die Sektionen anzustellen sei.

Das Institut der technischen Aufsichtsbeamten sei möglichst auszubauen, wobei nur geeignete, praktisch und theoretisch gebildete, im Bauhand erfahrene Herren zur Anstellung kommen dürften.

Die Vermehrung der Aufsichtsbeamten soll in der aller kürzesten Zeit erfolgen. — Es ist immerhin wertvoll, feststellen zu können, daß selbst die fanatischen Gegner von Arbeiterrechten zugeben müssen, wie ungenügend die Mautenkontrolle in der Tat ist, was sie stets in Abrede zu stellen suchten. Dieses Zugeständnis bedeutet also einen wichtigen Erfolg der regen Agitation der organisierten Bauarbeiter.

Vom Ausland.

Der Jahreskongress des allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Großbritannien fand am 9. Juli im Stadthaus zu Dublin statt. An der vorausgehenden internationalen Konferenz der Gewerkschaftssekretäre waren beteiligt außer England: Deutschland, Oesterreich, Italien, Dänemark, Holland, Frankreich und Norwegen. Die internationale Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre beschloß, dem Sekretariat in jedem Jahre einmal einen Bericht über die Bewegung in ihren Ländern einzubringen. Ferner wurde beschlossen, einen internationalen Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen zu ernennen; als solcher wurde Legien gewählt. Bei größeren Streiks kann künftig die betreffende Landeszentrale ein Gesuch um Unterstützung durch Vermittlung des internationalen Sekretärs in sämtlichen Landeszentralen zustellen. Die betreffende Landeszentrale hat dem Gesuch um Unterstützung einen Bericht zuzufügen, in welchem angegeben sein muß, wieviel Streikende oder Ausgesperrte vorhanden sind, wieviel Arbeiter im Lande von den in der Industrie beschäftigten organisiert sind, welche Unterstützungsmittel in eigenen Lande aufgebracht werden. Bei größeren Streiks ist den Landessekretären wöchentlich Bericht über die Lage zu senden. Die Konferenzen sollen in Zukunft nur alle zwei Jahre stattfinden.

Der Kongress der englischen allgemeinen Föderation of Trade Unions wurde mit einer Rede von Pete Curran eröffnet. Dieser feierte unter anderem den Sieg der deutschen Sozialdemokratie und protestierte gegen die von Chamberlain propagierte Politik, welche gegen die Interessen der arbeitenden Klassen verstoße. Der Kongress wurde begrüßt vom Bürgermeister von Dublin, welcher die irische Landfrage besprach, deren endgültige Regelung er als nahe bevorstehend bezeichnete. Erst wenn die Landfrage geregelt sei, sei auch der Boden vorhanden für eine größere Entwicklung der Industrie in Irland. Sodann sprach Legien im Namen sämtlicher ausländischer Vertreter. Er betonte, daß die Arbeiter des Kontinents der Meinung seien, die Gewerkschaftsbewegung müsse Hand in Hand gehen mit der sozialdemokratischen Bewegung. Die Gewerkschaftsbewegung allein genüge nicht, um alle Probleme und Aufgaben der Arbeiterklasse zu lösen. Es handle sich dabei nicht bloß um eine Erhöhung des Lohnes, Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, sondern das große Problem sei, die Arbeit von der Herrschaft des Kapitals zu befreien. Wenn die englischen Arbeiter mithelfen wollten, so müßten sie nicht bloß der wirtschaftlichen Seite des Kampfes, sondern auch der politischen Seite ihre Aufmerksamkeit zuwenden; dann müßten sie nicht nur kämpfen für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, sondern sie müßten die politische Macht des Landes in ihre Hände zu bringen suchen. Das Endziel sei, einen Gesellschaftszustand herbeizuführen, worunter jedermann frei und glücklich leben könne. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Litterarisches.

Die Praxis der Lackierkunst. Vollständige Anleitung zur Ausübung der Möbel-, Flech- und Wagenlackierung von G. Sebing. Erschienen im Verlag von Hüffel & Götzel in Leipzig. Preis 2.50 M. Der Verfasser des vorliegenden Werkes hat es sich zur Aufgabe gestellt, die verschiedenen Techniken und Manipulationen, die in den so ungemein vielgestaltigen Zweigen des Lackergewerbes gebräuchlich sind, auf Grund seiner langjährigen praktischen Erfahrungen in anschaulicher Weise zu beschreiben. Dies ist um so mehr zu begrüßen, als damit tatsächlich eine oft fühlbar gewordene Lücke in der Fachliteratur ausgefüllt wird, denn wenn auch über "Lackieren" im allgemeinen einige ältere Werke vorhanden sind, so beschäftigen sich diese zum großen Teile mit der Angabe von Rezepten zur Herstellung von Lacken, und andererseits sind die wenigen, wirklich praktischen Angaben, die für den praktischen Lackierer von Wert wären, nur zu oft unter dem andern Text zu verborgen, daß sie kaum bemerkt werden. In diesem Buche ist nun alles, was nur in das eigentliche Lackierergewerbe eingreift, besprochen; die verschiedenen Arten der Möbel-, Flech- und Wagenlackierung werden von ihren Anfängen bis zur letzten Vollendung gründlich und eingehend erläutert, und zwar ohne jedes überflüssige Beiwerk. Das Buch ist eben nur für

